



Stadt Eschweiler
Der Bürgermeister
40 Schulen, Sport und Kultur

Vorlagen-Nummer

034/06

1

Sitzungsvorlage

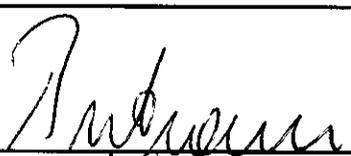
Datum: 17.01.2006

Beratungsfolge		Sitzungsdatum	TOP
1. Beschlussfassung	Stadtrat	öffentlich	18.01.2006
2.			
3.			
4.			

**Resolution zur geplanten Abschaffung der Schulbezirksgrenzen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion vom 06.01.2006**

Beschlussentwurf:

Der im gemeinsamen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion vom 06.01.2006 enthaltenen Resolution (Anlage) wird zugestimmt / nicht zugestimmt.

A 14 - Rechnungsprüfungsamt <input type="checkbox"/> gesehen <input type="checkbox"/> vorgeprüft		Unterschriften 			
1	2	3	4		
<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt		
Abstimmungsergebnis		Abstimmungsergebnis		Abstimmungsergebnis	
<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja					
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein		
<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung		

Sachverhalt:

Bekanntlich strebt die Landesregierung für die Grundschulen und Berufskollegs eine grundsätzliche Abschaffung der Schuleinzugsbezirke bis 2008 an. Hierauf nimmt der gemeinsame Antrag der Koalitionsfraktionen Bezug.

Die Absicht der Landesregierung ist auf kommunaler Ebene Partei übergreifend auf massive Kritik gestoßen. Die wesentlichen Kritikpunkte sind im Antrag der Koalition enthalten.

Da nach Mitteilung des Städte- und Gemeindebundes neben der Abschaffung der Grundschulbezirke für Grundschulen auch eine Abschaffung der Schuleinzugsbereiche für weiterführende Schulen erwogen wird, sollte nach Auffassung der Verwaltung die Resolution erweitert werden um diese Themenstellung. Hier gelten ähnliche Überlegungen wie für die Abschaffung der Schulbezirke. Ohne Schuleinzugsbereiche ist ein ungeregeltes, intransparentes und stark anfälliges Anmeldeverfahren zu besorgen. Darüber hinaus würde eine Regulierungsmöglichkeit entfallen, den Gemeinde übergreifenden Schülertransfer in einem vernünftigen Rahmen zu halten.

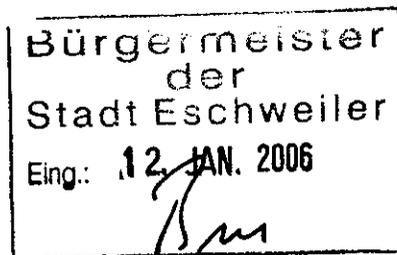
**Fraktion Bündnis 90 /
Die Grünen**

SPD-Fraktion

im Rat der Stadt Eschweiler

Herrn
Bürgermeister Bertram
Rathausplatz 1

52249 Eschweiler



Kopie f. 12

DIRF/40

Antrag

Eschweiler, 06.01.2005

Resolution zur geplanten Abschaffung der Schulbezirksgrenzen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bertram,

SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen im Rathaus bitten, folgende Resolution zu beraten und zur Abstimmung zu stellen:

Der Rat der Stadt Eschweiler spricht sich gegen die von der Landesregierung NRW geplante Abschaffung von Schulbezirksgrenzen an Grundschulen aus.

Stattdessen hält die Stadt Eschweiler an der wohnortnahen Schule, die allen Kindern offen steht und ihrem sozial-integrativen Auftrag gerecht wird, fest.

Das Prinzip „kurze Beine – kurze Wege“ soll auch weiterhin für Grundschulkindern gelten, damit sie allein bzw. mit anderen Schülerinnen und Schülern den Schulweg selbstständig zurücklegen können.

Eine anforderungsgerechte Schulentwicklungsplanung und eine damit verbundene Planungssicherheit setzt die Beibehaltung von Schulbezirksgrenzen voraus.

Über die bereits bestehenden Ausnahmeregelungen für Eltern, eine andere als die Wohnortschule zu wählen, sind keine weiteren Öffnungsklauseln notwendig. Der Rat der Stadt Eschweiler fordert den Städtetag auf, seine ablehnende Haltung zu diesem Vorstoß der Landesregierung aufrechtzuerhalten und weiterhin interkommunal seinen Einfluss geltend zu machen, die Abschaffung der Schulbezirksgrenzen zu verhindern.

Begründung:

Mit der geplanten Abschaffung der Schulbezirksgrenzen würde in das Recht des Schulträgers, unter anderem Schulstandorte und Zügigkeiten festzulegen und für eine gleichmäßige

Verteilung der Anmeldungen zu sorgen, in unangemessener Weise eingegriffen. Insbesondere die rückläufigen Schülerzahlen machen eine zentrale gesamtstädtische Planung unverzichtbar. Diese ist allerdings durch die Abschaffung der Schulbezirke erheblich gefährdet, da konkrete Planungen über die mögliche Klassenstärke nicht mehr vorhersehbar sind. Die Schulentwicklungsplanung würde gegenstandslos.

Eine generelle Abschaffung der Schulbezirksgrenzen würde zu erheblicher Planungsunsicherheit der Eltern und der Schulen und zu nicht sinnvollen Investitionsentscheidungen führen.

Das Land möchte den Schulträgern offenbar dadurch entgegenkommen, dass ein Anspruch auf Übernahme der Schülerfahrtkosten weiterhin nur zur nächstgelegenen Schule bestehen soll. Es ist aber bei Abschaffung der Schulbezirke zu erwarten, dass es vielerorts zum Ausbau von beliebten und gleichzeitig zur Schließung von „Problemschulen“ kommen wird. Mit jeder Schließung einer wohnortnahen Grundschule lebt jedoch die Verpflichtung des Schulträgers wieder auf, die Fahrtkosten für den Besuch einer weiter entfernten Schule zu übernehmen.

Bereits jetzt gibt es Überschneidungsgebiete für Grundschulen, die sich bestens bewährt haben. Darüber hinaus bestehen Ausnahmeregelungen für Eltern, die es ermöglichen, eine andere als die Wohnortgrundschule zu besuchen.

Insgesamt gibt es auch nach Feststellung des Städte- und Gemeindebundes NRW zu viele offenen Fragen. Ein möglicher Kompromiss wäre die Abschaffung der verpflichtenden Bildung von Schulbezirken und die Übertragung der Entscheidung hierüber in das Ermessen des Schulträgers.

Mit freundlichen Grüßen



Franz-Dieter Pieta
(Fraktionsvorsitzender)



Leo Gehlen
(Fraktionsvorsitzender)

FK an:

CDU-Fraktion
UWG-Fraktion
FDP-Fraktion